

## Israel und die Boycott, Divestment & Sanctions (BDS) Bewegung – aktuelle Entwicklungen | Dr. Hever

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder*

**Zain Raza (ZR):** Vielen Dank, dass Sie heute eingeschaltet haben, und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle, in der wir Forscher, Politikexperten, Whistleblower oder ehemalige Insider interviewen. Mein Name ist Zain Raza. Heute werden wir mit dem Autor, unabhängigen Journalisten und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Shir Hever sprechen. Sein letztes Buch trägt den Titel '*The Privatisation of Israeli Security*'. Dr. Hever, willkommen zurück in unserer Sendung.

**Shir Hever (SH):** Danke für die Einladung.

**ZR:** Ich möchte dieses Interview mit der Bewegung *BDS: Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen* beginnen. Könnten Sie kurz über Leitbild und Ziele dieser Bewegung sprechen?

**SH:** Sicher. 2005 kamen also 170 palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen, um zum Boykott israelischer Produkte und Kulturveranstaltungen aufzurufen, wenn diese von der israelischen Regierung finanziert werden oder an Universitäten, wenn diese auf irgendeine Weise an der Besetzung beteiligt sind. Und dieser Aufruf, zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen – die BDS-Bewegung – hat sich in der ganzen Welt verbreitet. Inzwischen gibt es Millionen von Aktivisten auf der ganzen Welt, die BDS auf unterschiedliche Weise unterstützen. Es ist eine Graswurzelbewegung. Sie ist also sehr divers und es gibt keine Führung. Palästinensische Organisationen können den Kurs der BDS-Bewegung nicht diktieren, aber es gibt eine Website. Sie heißt [bdsmovement.net](http://bdsmovement.net). Jeder, der sich dafür interessiert, sollte auf diese Website gehen und selbst nachlesen, denn dort gibt es klare Richtlinien zu den Zielen der Bewegung und dazu, was passieren muss, damit die Bewegung sich wieder auflöst.

Die BDS-Bewegung hat drei Mechanismen, drei Techniken, nämlich Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Und sie stellt drei Forderungen: Die Beendigung der Besetzung palästinensischer Gebiete. Gleiche Rechte für alle Bürger des Staates Israel. Und ein Recht auf Rückkehr für palästinensische Flüchtlinge. Und tatsächlich sind diese drei Forderungen bereits im Völkerrecht verankert. Kurz gefasst kann man also sagen, die BDS-Bewegung fordert, dass Israel sich an das Völkerrecht hält. Die Menschen, die BDS unterstützen, kommen aus der ganzen Welt, auch aus Israel selbst.

Der wachsende Erfolg und Einfluss dieser Bewegung, wird unter anderem dadurch ersichtlich, dass die israelische Regierung versucht, die Bewegung zu bekämpfen, indem sie Gesetze erlässt, die sie kriminalisieren soll – damit ist sie nicht sehr erfolgreich, selbst innerhalb Israels nicht. Es ist ihnen nicht gelungen, Gesetze zu verabschieden, die die

Bewegung vollständig kriminalisieren. Aber es gibt zahlreiche Versuche, die Bewegung außerhalb Israels zu kriminalisieren. Ich denke darüber werden wir noch sprechen.

**ZR:** Danke für diesen Einblick. Lassen Sie uns tiefer in die aktuellen Fragen einsteigen, die BDS umgeben. Der deutsche Bundestag hat im Mai letzten Jahres eine Erklärung oder ein Gesetz verabschiedet, das die BDS-Bewegung verurteilt und sie mit Antisemitismus gleichsetzt. Fast alle Parteien, die FDP, die Grünen, die Sozialdemokraten, CDU und CSU und sogar große Teile der Linken unterstützten dies. Könnten Sie über diese kollektive Entscheidung sprechen, ist es ein Gesetz, ist es ein Statement, was ist es eigentlich und welche Bedeutung kommt dem zu?

**SH:** Ja. Es handelt sich nicht um ein Gesetz. Es ist eine Erklärung. Und es ist sehr wichtig, das von Anfang an zu sagen. Es ist in meinen Augen eine bedauerliche Entscheidung des Bundestages, des deutschen Parlaments, und sie hat doch viele negative Auswirkungen, aber es macht das Unterstützen der BDS-Bewegung nicht illegal. Menschen in Deutschland können die BDS-Bewegung immer noch unterstützen, wenn sie das wollen. Auch ich unterstütze sie immer noch. Das ist also wichtig zu wissen. Nun, die Aussage selbst, Sie haben erwähnt, dass sie von allen Parteien unterstützt wurde, aber das muss man im Kontext betrachten. Eigentlich kam der ursprüngliche Entwurf der Erklärung von der FDP, die eine rechte neoliberale Partei ist. Ich denke, es ist sehr interessant, dass diese Partei, die wirtschaftliche Freiheit fordert, sagt, dass Menschen nicht das Recht haben sollten, zu wählen, welche Produkte sie boykottieren. Aber dann wurde der Entwurf von der AfD, der Alternative für Deutschland, der rechtsextremen Partei, überarbeitet. Und zu diesem Zeitpunkt haben die anderen Parteien, vor allem die CDU - eine andere Version dieser Erklärung ausgearbeitet, denn sie wollten einen Text entwerfen, dem alle zustimmen würden. Sie wollte vermeiden, dass linke Parteien gegen die Resolution stimmen und damit indirekt andeuten würden, dass sie den Boykott für legitim halten oder die Vorstellung entsteht, dass die einzigen Parteien, die Israel unterstützen, die rechtsextremen Parteien sind. Das ist in der Tat in vielen anderen europäischen Ländern der Fall, dass nur extrem rechte Parteien die Israelische Besatzung unterstützen, aber in Deutschland war es den Parteien der Mitte sehr wichtig klarzustellen, dass nicht nur die extrem rechten Parteien Israel unterstützen.

Der Prozess der Verabschiedung dieser Resolution war also recht komplex. Wir müssen uns diesbezüglich den Deutschen Israelkongress ansehen, der jedes Jahr stattfindet. Er fand im November 2018 in Frankfurt am Main statt, und kann auf YouTube eingesehen werden. Man kann sehen, wie der für Antisemitismus zuständige deutsche Beamte, Dr. Felix Klein, mit den Vertretern des israelischen Ministeriums für strategische Angelegenheiten zusammensitzt, das für den Kampf gegen den BDS zuständig ist. Und sie versuchen, gemeinsam einen Plan zu entwerfen, wie man die BDS-Bewegung bekämpfen kann, und sie versuchen zu erklären, dass BDS nicht keine Bewegung sei, sondern eine Art Verschwörung. Und sie betonen bei diesem Treffen, dass es sehr wichtig sei, entsprechende Gesetzgebung zu fördern. Das Problem ist, dass diese Gesetzgebung völlig verfassungswidrig wäre. Das deutsche Grundgesetz erlaubt es nicht, eine Zivilgesellschaft, Basisbewegungen, die sich für Menschenrechte und internationales Recht einsetzen, einfach deshalb auszuschalten, weil sie für einen Apartheidstaat, der ein gutes Verhältnis zur deutschen Regierung hat, unbequem sind. Sie haben den Entwurf dieser Resolution dem Parlament erst etwa drei Tage vor der Abstimmung vorgelegt. Die meisten Parlamentarier haben ihn nie gelesen, und die Parteien plädierten auf Parteitreu. Selbst wenn es innerhalb einiger Parteien, insbesondere bei den Grünen und der Linken, viele kritische Stimmen gab – oft derjenigen, die sich die Mühe machten, den Entwurf zu lesen und fanden, dass diese Resolution ihre Werte nicht

repräsentiert – dann waren sie dennoch in gewisser Hinsicht gezwungen, dafür zu stimmen. Und ich denke, wenn die Vorsitzenden dieser Parteien wirklich der Meinung wären, dass dies die Meinung der Parlamentsmitglieder ist, würden sie sich nicht auf Parteitreue berufen. Ich glaube, sie haben erkannt, dass sie für eine Gesetzgebung werben, die sehr, sehr problematisch und umstritten ist.

Was die Gesetzgebung so umstritten macht, ist die Tatsache, dass sie die BDS-Bewegung mit Antisemitismus gleichsetzt. Das basiert auf einem psychologischen Phänomen, einer Assoziation. Sie sagen: "wir im Parlament fühlen uns an den Nazi-Slogan 'Kauft nicht bei Juden' erinnert und daher verurteilen wir die BDS-Bewegung". Aber warum ist die BDS-Bewegung schuld, was sind die Erinnerungen oder die Assoziationen der Parlamentarier? Sie sehen, das ist ein ernstes Problem.

Ein Hauptargument von Pro-israelischen Organisationen, die Kritiker Israels des Antisemitismus beschuldigen, ist folgendes: Sie sagen, die schlimmste Art von Antisemitismus oder die häufigste Art von Antisemitismus bestehe darin, die Politik der israelischen Regierung mit der der Nazis gleichzusetzen. Dieses Argument besteht also nicht darin zu behaupten, dass der Staat Israel heilig ist und kein Unrecht tut. Es besagt lediglich, dass es antisemitisch ist, einen Vergleich anzustellen zwischen dem Grad an Brutalität und Gewalt der vom israelischen Militär ausgeht und dem, was die Nazis während des Zweiten Weltkriegs getan haben, da man dadurch dämonisiert, was Israel tut.

Aber das muss doch auch umgekehrt gelten. Wenn behauptet wird, die BDS-Bewegung, die eigentlich eine Menschenrechtsbewegung ist, sei vergleichbar mit Nazi-Deutschland, dann beinhaltet das zwei Dinge: Erstens verteufelt man die Menschenrechtsaktivisten und zweitens vergleicht man Menschenrechtspolitik mit der Nazi-Politik, was an sich nicht zulässig sein sollte. Man bedenke, dass viele jüdische Aktivisten weltweit BDS unterstützen. Sie können natürlich sagen, ja, auch das ist antisemitisch, diese Juden sind eigentlich Nazis. Es ist ein Fall der Schuldzuweisung an das Opfer. Außerdem verharmlost es das, was die Nazis getan haben. Wenn die diese Politiker in die Geschichte schauen und zu dem Schluss kommen, dass das, was eine Gruppe von Menschenrechtsaktivisten tut, nämlich gegen eine Besatzung zu protestieren und Flugblätter zu verteilen oder Schilder aufzustellen – dass das, vergleichbar sei mit dem was die Nazis getan haben, dem Völkermord, den Gräueltaten gegenüber Juden und auch an anderen Gruppen, dann ist das in meinen Augen nichts weniger als die Leugnung des Holocaust. Deshalb finde ich die Erklärung des Bundestages abscheulich.

Und sie wurde von den Deutschen kritisiert. Sie wurde von Israelis kritisiert. Sie wurde von Juden aus der ganzen Welt kritisiert. Ich denke, viele Abgeordnete bedauern dafür gestimmt zu haben. Ich denke, es ist ein sehr dunkler Fleck auf der Weste des Deutschen Bundestages. Und später hat eine deutsche Zeitung, *Der Spiegel*, einen Sonderbericht erstellt und aufgedeckt, dass israelische Lobbygruppen einigen Abgeordneten angeboten hatten, Geld für ihre politischen Kampagnen zu spenden, wenn sie für die Resolution stimmen würden. Die deutschen Abgeordneten fanden das sehr beleidigend, korrupt und illegal, und sie meldeten dies den Zeitungen und lehnten diese Form der Korruption ab. Aber allein die Tatsache, dass *Der Spiegel* darüber berichtete, löste eine weitere Welle von Anschuldigungen seitens der israelischen Lobbygruppen und ihrer Unterstützer aus. Sie sagten, man dürfe solche Dinge nicht über die israelische Lobby sagen und man dürfe nicht behaupten, dass sie korrupt sei, dass sie das Parlament dazu gedrängt hätte, die Resolution zu unterstützen, denn auch das sei antisemitisch. Aber das sind Fakten. So war es. Und *Der Spiegel*, die Zeitung, hat sich dem tatsächlich nicht gebeugt und sie haben ein Statement veröffentlicht, dass sie zu ihren

Recherchen und ihrer Untersuchung stehen.

**ZR:** Lassen Sie uns das auf europäischer Ebene reflektieren. Anfang dieses Monats hat der europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein französisches Urteil zugunsten von BDS-Aktivisten aufgehoben, die vom französischen Justizsystem verurteilt worden waren, nachdem sie 2009 vor einem Supermarkt in einer Kleinstadt namens Illzach demonstriert hatten. Könnten Sie uns etwas mehr Kontext und Details zu diesem Fall liefern und danach darüber sprechen, warum der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das französische Urteil aufgehoben hat?

**SH:** Ja. Ich es für sinnvoll, es aus der Sicht des israelischen Ministeriums für Strategische Angelegenheiten, aus der Sicht der israelischen Lobby zu betrachten, denn die israelische Lobby arbeitet in vielen verschiedenen Ländern auf ganz unterschiedliche Weise. Ich glaube, sie halten Deutschland für ein sehr kooperatives Land, weil die deutsche Regierung immer wieder betont, dass sie die israelische Regierung bedingungslos unterstützt, egal, was sie tut. In anderen Ländern ist es etwas heikler. Aber die israelische Lobby hat in demokratischen Ländern das Problem, dass kein demokratisches Land tatsächlich ein Gesetz gegen den BDS verabschieden kann.

In Frankreich gibt es ein bereits bestehendes Gesetz, das besagt, dass die Aufforderung oder Anstachelung zur Diskriminierung illegal ist. Dieses Gesetz bezieht sich im französischen System auf rassistische Diskriminierung oder Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit. Wenn jemand folgende Art von verzerrter Logik anlegt und sagt: "Der Staat Israel repräsentiert Juden, alle Juden in der Welt sind irgendwie mit dem Staat Israel verbunden, und jeder Angriff auf den Staat Israel ist daher ein Angriff auf Juden", dann könnte jeder Aufruf zum Boykott gegen den Staates Israel als Aufstachelung zur Diskriminierung betrachtet werden. Das ist aber eine sehr, sehr problematische Auslegung des Gesetzes. Natürlich wären und sind die meisten Juden der Welt extrem gegen eine solche Interpretation, denn das ist so, als würde man sagen: "Der islamische Staat bezeichnet sich selbst als Vertreter aller Muslime, also ist jeder, der den islamischen Staat kritisiert, islamophob". Ich denke, das ist eine sehr beleidigende Aussage gegen Muslime, und aus dem gleichen Grund finden es Juden äußerst beleidigend, wenn behauptet wird, dass dieses französische Gesetz gegen Aktivisten anwenden werden kann, die gegen den Staat Israel protestieren und dabei überhaupt keine Aussage über Juden treffen.

Also ja, es gibt viele verschiedene Aktivisten in Frankreich. Es gibt Tausende von BDS-Aktivisten in Frankreich, und sie haben mit ihrer Kampagne tatsächlich viel Erfolg erzielt. Einer der größten Konzerne Frankreichs heißt Orange. Im Jahr 2016 beschloss Orange - ein Telekommunikationsunternehmen - alle wirtschaftlichen Beziehungen mit Israel einzustellen. Und das war eindeutig eine politische Stellungnahme von Orange. In Israel löste sie einen Schock aus, denn Orange war der größte Anbieter von Mobiltelefonen und Telekommunikationsdiensten im Land. Orange tat dies über eine lokale Zusammenarbeit mit einer israelischen Firma namens Partner - einem Partner von Orange. Ohne Orange blieb Partner also partnerlos. Die Aktion bedeutete nicht, dass in Israel niemand mehr ein Mobiltelefon kaufen konnte. Jeder hatte immer noch sein Mobiltelefon. Alles funktionierte weiterhin. Es betraf die Menschen also nicht auf diese Weise, aber sie bemerkten es, wenn sie auf ihr Telefon sahen, denn das hatte immer noch den alten orangefarbenen Aufkleber drauf, der sie daran erinnerte, dass dieses Unternehmen keine Geschäfte mit einem Land machen will, das in so großem Umfang in Verletzungen des internationalen Rechts verwickelt ist. Das

ist der Sieg der französischen Aktivisten.

Das Interessante ist folgendes: Als die französische Staatsanwaltschaft dieses Gesetz gegen BDS-Aktivisten anwenden wollte, um ihre Solidarität gegenüber der israelischen Regierung zu zeigen, wählten sie aus Tausenden von Aktivisten eine kleine Gruppe von Leuten aus, die 2009 und 2010 aktiv waren, indem sie Flugblätter verteilten, die zum Boykott israelischer Waren aufriefen und ich glaube, einer der Gründe, warum sie genau diese Leute ausgewählt hat, ist, dass sie muslimisch oder arabisch klingende Namen tragen. Zwei dieser Aktivisten sind eigentlich keine französischen Staatsbürger, sondern Einwanderer, einer aus Afghanistan, einer aus Marokko. Damit versucht sie möglicherweise die BDS-Bewegung so aussehen zu lassen, als sei es eine muslimische oder arabische Bewegung. Das ist nicht das erste Mal, dass dies in Frankreich vorkommt. Als es in den Jahren 2008-2009 massive Demonstrationen gegen die israelische Invasion in Gaza gab, gab es in Paris eine Demonstration gegen diesen Krieg, gegen die Bombardierung des Gazastreifens mit Hunderttausenden von Teilnehmern. Aber wenn in den Nachrichten darüber berichtet wurde, dann sah man nur einen winzigen Teil dieser Demonstration, bei der die Menschen Kufis [muslimische Kopfbedeckung] trugen. Und das ist das Einzige, was letztlich ausgestrahlt wurde, obwohl 99% der Menschen, die dort demonstrierten, keine Kufis trugen. Ich denke, das französische Rechtssystem hat seinen eigenen verankerten Rassismus offengelegt, indem es diese spezifische Gruppe von Menschen ausgewählt hat. Und diese Menschen wurden von einem französischen Gericht wegen Anstiftung zur Diskriminierung verurteilt. Sie legten Berufung ein, und ihre Berufung scheiterte. Und sie mussten eine Geldstrafe von etwa 1000 Euro an die französischen Behörden zahlen. Und jeder der verurteilten 11 Aktivisten musste weitere 1000 Euro an drei pro-israelische Lobbyorganisationen zahlen, die den Prozess gegen sie organisiert hatten. Es gibt also pro-israelische Lobbyorganisationen, die in Frankreich tätig sind und die israelische Politik propagieren, und sie erhalten eine Entschädigung, weil diese Aktivisten wegen Anstiftung zur Diskriminierung Israels – nicht zur Diskriminierung von Juden, das muss klar sein – verurteilt wurden.

Diese Aktivisten wandten sich dann an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der sich zufällig auch in Frankreich, in Straßburg, befindet, aber für ganz Europa zuständig ist. Und das Gericht hob diese Entscheidung vollständig auf und erklärte, dass sie zu Unrecht verurteilt und zu Unrecht angeklagt worden seien, dass die BDS-Bewegung nicht antisemitisch sei und dass die Bewegung nicht zur Diskriminierung anstachle und diese Aktivisten nicht zur Diskriminierung angestiftet hätten. Der Gerichtshof beschloss, dass sie keine Geldstrafe zahlen müssen, sondern, dass die französische Regierung statt dessen die Aktivisten entschädigen müsse und an jeden der Aktivisten 27.000 Euro zu zahlen habe. Das ist also ein sehr großer Sieg. Jetzt besteht natürlich die Chance, dass die französische Regierung Berufung einlegt und vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zieht, der die letzte Instanz in dieser Debatte wäre. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass sie [die französische Regierung] in diesem Fall verlieren wird, denn die rechtliche Stellung der BDS-Bewegung ist sehr stark. Es besteht also eine gute Chance, dass die französischen Behörden gar nicht erst versuchen werden, Berufung einzulegen.

**ZR:** Nur kurz: Auf welcher Basis hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Urteil der französischen Staatsanwaltschaft entkräftet?

**SH:** Natürlich auf der Grundlage der Meinungsfreiheit. Im Jahr 2016 wurde die Vizepräsidentin der Europäischen Union, Federica Mogherini, gefragt, ob die

BDS-Bewegung erlaubt sei. Und sie sagte, dass die offizielle Position der Europäischen Union sei, dass BDS nicht unterstützt werden solle, aber dass laut den europäischen Gesetzen und der Redefreiheit jeder das Recht habe, BDS zu unterstützen. Das hat die Europäische Union offiziell verkündet. Das Gericht braucht eigentlich nicht zu begründen, warum es anders entscheiden hat. Denn die Rechtsprechung der französischen Staatsanwaltschaft missachtete das Recht auf Meinungsfreiheit und das europäische Grundgesetz.

**ZR:** Lassen Sie uns bezüglich dieses Falles auch über Deutschland sprechen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, den Sie soeben erwähnt haben, hat mit der Aufhebung des französischen Urteils einen Präzedenzfall geschaffen: Was bedeutet das in Bezug auf die Erklärung der deutschen Regierung, dass BDS antisemitisch sei, vor allem wenn man bedenkt, dass die deutsche Regierung sehr nachdrücklich für ein gemeinsames Europa eintritt - für gemeinsame Werte und gemeinsames Recht? Welche Bedeutung hat dies für deren Resolution, für Redefreiheit und für die BDS-Bewegung?

**SH:** Ich glaube nicht, dass es direkte Auswirkung auf die Erklärung des Bundestages haben wird. Vielleicht bedauert er diese Erklärung bereits. Vielleicht wird er sie irgendwann als symbolische Geste zurücknehmen. Aber die deutsche Politik funktioniert so, dass sie sie wahrscheinlich erst dann zurücknehmen wird, wenn es schon zu spät ist. Sie werden warten, bis es einen palästinensischen Staat gibt oder Israel eine Demokratie geworden ist, in der alle gleichberechtigt sind. Und dann werden sie sagen: "Ach, wissen Sie, Sie erinnern sich, dass wir vor 20 Jahren die Apartheid unterstützt und uns gegen die Redefreiheit ausgesprochen haben. Das war ein Fehler. Wir möchten das korrigieren." Aber sie werden das nicht zeitnah tun.

Ich denke, das ist eine breitere Diskussion, die wir zu einem anderen Zeitpunkt führen können über das deutsche politische System und seine Liebesaffäre mit Schuld – dem tiefen Wunsch, sich für etwas entschuldigen zu können, was auch dazu führt, dass Falsches unterstützt wird. Es hat Auswirkungen auf das, was jetzt in vielen deutschen Städten geschieht. Allen voran Ihre Stadt, München, wo die Stadtverwaltung den Beschluss gefasst hat, dass keine BDS Gruppe Veranstaltungen in staatlichen oder städtischen Räumen oder Sälen abhalten darf. Aktuell, wo wir wegen COVID-19 immer noch unter Beschränkungen stehen, ist das nicht besonders relevant. Aber insgesamt ist dies sehr einschneidend. Viele Veranstaltungen wurden abgesagt, weil die Kommunen den BDS-Gruppen nicht nur das Recht verweigern, Veranstaltungen abzuhalten, sondern sie verbieten auch, jede Art von Veranstaltung abzuhalten, bei der über BDS diskutiert wird. Ich sollte eine Veranstaltung leiten, die in Bonn stattfinden sollte, und bei meiner Veranstaltung ging es nicht einmal um BDS, aber weil die Organisatoren, die mich eingeladen hatten, BDS unterstützten, wurde ich ausgeladen und durfte in dem Gebäude, das der Bonner Stadtverwaltung gehörte, keine Rede halten. Das ist natürlich eine Einschränkung der Redefreiheit. Und in mehreren dieser Städte, vor allem in München, gibt es gegen diesen Beschluss der Stadt eine Beschwerde beim Obersten Gerichtshof Deutschlands, dem Obersten Gerichtshof in Karlsruhe, in der es heißt: "Die Stadt hat nicht das Recht zu entscheiden, welche politischen Meinungen in der Stadt oder in Gebäuden, die der Stadt gehören, zum Ausdruck gebracht werden dürfen." Es überschreitet das Recht der Stadtverwaltung, Meinungen und Texte zu kontrollieren, die in ihren Gebäuden gesprochen werden. Und dieser Appell braucht Zeit und Geld.

Aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ein Urteil gefällt, das klar verdeutlicht, dass die Meinungsfreiheit nicht auf diese Weise eingeschränkt werden kann.

Und ich denke, die Richter in Karlsruhe werden erkennen müssen, dass es eine [rechtliche] Hierarchie gibt und die Rechtsprechung so funktioniert, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte über dem deutschen Obersten Gerichtshof steht. Sie werden also ein Urteil auf der Grundlage dieses Präzedenzfalls fällen müssen, das den BDS-Aktivisten in Deutschland Aufwind gibt und die große Hoffnung, dass sich die Dinge wieder ändern werden und dass die Gruppen wieder freier agieren können und offen darüber sprechen können, was BDS ist.

Für mich persönlich ist dies sehr wichtig ist, denn ich denke, es geht nicht nur um die Frage, ob BDS erfolgreich sein wird oder nicht. Der Versuch, diese Treffen zu verhindern und den BDS zu zensieren, wird die BDS-Bewegung nicht schwächen, vielleicht sogar eher stärken. Es wird die Empörung gegen die israelische Apartheid und den Kolonialismus noch schlimmer steigern. Das Problem ist, dass es diese Empörung in eine sehr ignorante Empörung verwandelt. Die Menschen werden emotional reagieren, aus dem Gefühl heraus, zum Schweigen verdammt worden zu sein. Aber das erschwert einen Diskurs, der auf Fakten beruht. Der ganze Sinn der BDS-Bewegung besteht meiner Meinung nach darin, deutlich zu differenzieren, dass es nicht um die Menschen geht, die die Verbrechen begehen, sondern um die Verbrechen an sich. Die BDS-Bewegung hatte niemals zum Ziel, Israel für Kolonialismus oder Apartheid zu bestrafen. Es geht nicht um Strafe, sondern es ist eine Möglichkeit, politischen Druck auszuüben, mit dem Ziel die Ungerechtigkeit zu beenden. Das heißt, wenn ein israelischer Soldat einen Palästinenser ermordet, sagen wir nicht: "Oh, ihr habt einen Mord begangen, also werden wir eure Produkte nicht mehr kaufen, wir werden eure Avocados boykottieren." Das ergibt weder rechtlich noch moralisch irgendeinen Sinn. Aber um sicherzustellen, dass keine Palästinenser mehr ermordet werden, müssen wir es den Israelis signalisieren: Wir beobachten euch, wir filmen, wir veröffentlichen Informationen und es wird Konsequenzen geben, nämlich Empörung und Protest. Der Protest nimmt die Form eines Boykotts an. Es ist eine symbolische Angelegenheit. Es wird die israelische Wirtschaft nicht zum Einbruch bringen, aber es berührt das israelische Bewusstsein sehr stark. Und deshalb ist es so wichtig, diese Diskussion zu führen anstatt zu versuchen, sie zu zensieren.

**ZR:** Dr. Shir Hever, Ökonom, Journalist und Autor, vielen Dank für das Interview.

**SH:** Vielen Dank.

**ZR:** Und ich danke Ihnen, dass Sie heute eingeschaltet haben. Wir haben letzte Woche mit Dr. Hever gesprochen. Wenn Sie also den Teil des Interviews verpasst haben, in dem es um die bevorstehenden Annexionspläne Israels geht, klicken Sie unbedingt auf den Link in der Beschreibung dieses Videos. Und vergessen Sie nicht zu spenden und unseren Kanal zu abonnieren, damit wir weiterhin unabhängige, gemeinnützige Nachrichten und Analysen für Sie produzieren können. Ich bin Zain Raza. Bis zum nächsten Mal!

**ENDE**